

213/A XXI.GP

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde

betreffend Forschungsprogramm über Auswirkungen von GSM - Emissionen

Einschlägig forschende Wissenschaftler der Universität Wien und Salzburg haben aufgrund von Forschungsversäumnissen Bedenken gegen den großzügigen Einsatz der GSM - Technologie angemeldet. Die wenigen wissenschaftlichen Daten berechtigen zur Annahme, dass strahlungsassoziiert verschiedene unerwünschte Wirkungen eher wahrscheinlich sind. Die derzeitigen Grenzwerte entsprechen einer Vornorm, haben aber keinerlei gesetzlichen Charakter. Sie wurden international aufs Neue in Frage gestellt. Sowohl die WHO als auch die EU haben sich des Themas angenommen. Sofern neue Technologien kollektive Risiken bergen, deren Auswirkungen auf die Gesundheit nicht abgeklärt sind, ist das Vorsorgeprinzip und damit politisches Handeln gefragt.

Angesichts der Forschungsversäumnisse sind aufgrund der fahrlässigen Bewilligungspraxis der Sendeanlagen spätere Amtshaftungsansprüche an die Republik nicht auszuschließen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Wissenschaft, Verkehr und Telekommunikation wird aufgefordert, ein Forschungsprogramm über die Auswirkungen von GSM - Emissionen unter folgenden Rahmenbedingungen in Auftrag zu geben:

1. Gründung eines unabhängigen Forschungsfonds, Dotierung aus Mitteln der Lizenzeinnahmen des Bundes und der Mobilfunklizenznehmer im Verhältnis 50:50
2. internationaler abgestimmte österreichische Forschungstätigkeit mit ressortübergreifendem Forschungsschwerpunkt „Gesundheitsvorsorge bei elektromagnetischen Feldern“ und „Untersuchung biologischer Wirkungen elektromagnetischer Strahlungen und Phänomene“ gemäß Forschungspapier der Plattform GSM - Initiativen

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Verkehrsausschuss vorgeschlagen.